



Ulrich Silberbach eröffnet die dbb Jahrestagung.

© Lutz Urban

Gewalt gegen Beamte: „Daran will ich mich niemals gewöhnen“

NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper auf der dbb Jahrestagung 2018

Die 59. Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes fand in der Zeit vom 9. bis 10. Januar 2018 in Köln statt. Zum traditionellen politischen „Schlagabtausch“ über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst hat zu Beginn der Jahrestagung neben dem Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, **Hans-Georg Engelke**, auch **Lutz Lienenkämper**, der Finanzminister des gastgebenden Landes Nordrhein-Westfalen, zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gesprochen.

Bürgerversicherung: Wer dies fordert, verwechselt Einheitlichkeit mit Gerechtigkeit

Beide erteilten für Forderungen nach einer Einheitsversicherung im Gesundheitswesen, der auch die Beamtinnen und Beamten angehören sol-

len, eine klare Absage. „Wer dies fordert, verwechselt Einheitlichkeit mit Gerechtigkeit“, unterstrich Staatssekretär Engelke.

Der nordrhein-westfälische Minister der Finanzen meinte, dass eine qualitativ gute Verwaltung nicht nur für die politi-

sche Führung unerlässlich sei, sondern auch das menschliche Gesicht des Staates gegenüber seinen Bürgern. Umso verständlicher sei die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte, insbesondere gegen Einsatzkräfte.

Allein in Nordrhein-Westfalen wurden bis zum diesjährigen Neujahrsmorgen 25 Polizisten verletzt. „Die schrecklichen Bilder der Krawalle um den Hamburger G 20-Gipfel im letzten Jahr sind uns allen noch präsent“, so der Finanzminister. Im Jahr 2016 wurden rund 72 000 Polizisten in Deutschland Opfer von Gewalttaten im Dienst. Elf Prozent mehr als im Jahr zuvor.



Minister der Finanzen des Landes NRW Lutz Lienenkämper spricht auf der Jahrestagung.

© Friedhelm Windmüller

Nahezu jeder zweite Lehrer berichtete in einer Forsa-Umfrage über verbale Attacken von Eltern und Schülern, etwa ein Fünftel sogar über physische Gewalt. Schlagzeilen wie die einer Polizistin in Hagen, die in der Vorweihnachtszeit beim Einsatz mit Blut bespuckt wur-

3 DBB NRW Abend

... mit Vertretern aus Politik und Verwaltung



4 Streikverbot für Beamte

DBB NRW zur mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht



5 Einkommensrunde 2018

dbb Branchentage in Nordrhein-Westfalen





© E. Flegel

Roland Staudé, Christian Lindner und Ralf Eisenhöfer (DBB NRW Ehrenvorsitzender)

de, erscheinen inzwischen meist nur noch in den hinteren Teilen der Medien, weil sie anscheinend zur Tagesordnung gehören.

Der Respekt darf niemals verloren gehen

„Daran will ich mich niemals gewöhnen“, so Lutz Lienenkämper. „Der Respekt für die Menschen, die unseren Rechtsstaat durch ihren Dienst verteidigen und Sicherheit schaffen, die in Schulen, Krankenhäusern, Arbeitsagenturen und vielen anderen Institutionen anderen Menschen helfen, dieser Respekt darf niemals verloren gehen. Der Geist des Grundgesetzes soll überall in Deutschland gelten.“

Der Finanzminister nutzte seine Rede auf der Jahrestagung auch, um über die personelle Situation im nordrhein-westfälischen öffentlichen Dienst

Stellung zu beziehen. Es nütze bekanntlich wenig, neue Gesetze zu schaffen, wenn man sie nicht auch durchsetzen könne. Was jedenfalls in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren angesichts des Personalengpasses zunehmend schwieriger wurde. Das frustrierte nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich verspreche Ihnen: Wir haben das Problem erkannt!

„Das schwächt auch unser Gemeinwesen. Deshalb gibt es wohl kaum einen wichtigeren Punkt, um einerseits den Rechtsstaat zu stärken und andererseits die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen als genügend Personal“, so der Finanzminister. „Ich verspreche Ihnen: Bei uns in Nordrhein-Westfalen haben wir

dieses Problem erkannt, auch wenn natürlich nicht alle Probleme über Nacht gelöst werden können. Aber: Wir meinen es ernst!“

„Wir verstärken in Nordrhein-Westfalen die Polizei und die Innere Sicherheit mit jährlich allein 300 zusätzlichen neuen Polizistinnen und Polizisten und 500 Verwaltungsassistenten. Zusätzlich schaffen wir mit 650 Stellen genug Kapazitäten für jede ausgebildete Polizistin und jeden Polizisten nach einer erfolgreichen Ausbildung. 1.135 neue Stellen entstehen allein bei der chronisch überlasteten Justiz“, so Lienenkämper weiter.

„Wir schaffen insgesamt 2.048 neue Lehrerstellen und streichen bei zusätzlichen 3.300 Stellen den „Kw-Vermerk“, sodass diese dauerhaft erhalten bleiben. Alleine im Bereich der

Inklusion gibt es zusätzlich 926 neue Stellen im Jahr 2018.“

Zuvor stellte **Ulrich Silberbach**, dbb Bundesvorsitzender, in seiner Rede unter anderem klar, dass für den dbb kein Platz für eine Politik ist, die Menschen ausgrenzt, demokratische Prinzipien verletzt, historische Wahrheiten leugnet und zumindest fragwürdige Vorstellungen von europäischer Politik hat. Genau da sei ein moderner Staat gefordert.

„Wenn wir größere Teile der jungen Generation verlieren, werden sie nicht selten von jenen aufgefangen, die sich am Rand der Gesellschaft – politisch wie auch sozial – ausleben. Denn: Der Riss in unserer Gesellschaft ist nicht durch Überfremdung, sondern durch rasant wachsende soziale Unterschiede entstanden“, so Silberbach.

Am Nachmittag sprach **Arne Schönbohm**, Präsident Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik, über die Anforderungen an eine smarte und sichere digitale Gesellschaft. Außerdem fand ein Gespräch mit **Christian Lindner**, MdB, Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, und **Boris Palmer**, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, über das Thema der dbb Jahrestagung „Deutschland hat gewählt – Was nun?“ statt.

JK



© Friedhelm Wfndmüller

Roland Staudé, Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im BMI, Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb



© E. Flegel

Nordrhein-westfälischer Minister der Finanzen Lutz Lienenkämper und Roland Staudé im Gespräch am Rande der Jahrestagung.

DBB NRW Abend mit Vertretern aus Politik und Verwaltung



Der DBB NRW Vorsitzende Roland Staudé bei der Eröffnung des NRW-Abends.



Dr. Marcus Optendrenk (CDU), Tom Buhrow (WDR), Roland Staudé, Monika Düker (Grüne), Herbert Reul, André Kuper, Dr. Ralf Braucksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMI, Hubert Meyers und Erich Rettinghaus (von links)

Roland Staudé fordert Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen

Den Landtagspräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, **André Kuper**, die Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, **Yvonne Gebauer**, und den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, **Herbert Reul**, konnte der DBB NRW Landesvorsitzende **Roland Staudé** neben zahlreichen anderen Gästen aus Politik, Verwaltung und den Fachgewerkschaften am Montagabend (8. Januar 2018) beim NRW-Treff begrüßen.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen zitierte in seinem Grußwort die Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, die in ihrer Neujahrsansprache unter anderem darauf hingewiesen habe, dass noch mehr in einen starken Staat investiert werden müsse, der die Regeln des Zusammenlebens verteidigt und für die Sicherheit Sorge.

Um dies zu gewährleisten, fordere der DBB NRW flankierend hier in Nordrhein-Westfalen eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst. Dazu gehöre unter anderem die Modifikation der Struktur der Laufbahngruppen. Gerade in Zeiten eines zunehmenden

Fachkräftemangels stehe der öffentliche Dienst in enormer Konkurrenz zur Privatwirtschaft um die besten Köpfe. Roland Staudé: „Leider ist festzustellen, dass es dabei um die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zunehmend schlechter bestellt ist.“ Es müssten daher Rahmenbedingungen geschaffen werden, mit denen die am besten qualifizierten Fachkräfte gewonnen und vor allem auch langfristig gebunden werden können.

Als einen wichtigen Schritt auf diesem Weg sieht der DBB NRW eine Anhebung der Eingangsbesoldung für den allgemeinen Verwaltungsdienst in



dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach, NRW-Landtagspräsident André Kuper und Roland Staudé (von links)



Hubert Meyers, Roland Staudé, NRW-Innenminister Herbert Reul und Erich Rettinghaus (von links)



Hubert Meyers, Schulministerin Yvonne Gebauer, Roland Staudé



Christian Dahm, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Erich Rettinghaus (von links)

der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (von A 6 auf A 7), Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (von A 9 auf A 10) und Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt (von A 13 auf A 14) als zwingend notwendig an.

Wer Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ausübt, gehört gesellschaftlich geächtet

Ein weiteres Thema war für den DBB NRW Vorsitzenden an diesem Abend ein wichtiges Anliegen: die unbegreiflichen Übergriffe und Bedrohungen – sogar mit Schusswaffen – gegenüber Rettungskräften und Polizeibeamten in der Silvesternacht.

„Wer Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen

Dienstes ausübt, der gehört gesellschaftlich geächtet!“, so Staudé. Deshalb fordere der DBB NRW, dass die neue Möglichkeit der Verhängung einer dreimonatigen Freiheitsstrafe nach § 114 StGB eher zum Regelfall als zur Ausnahme werden muss. Dieses Instrumentarium müsse sicherlich noch mal nachjustiert werden.

Der NRW Abend fand in diesem Jahr zum zwölften Mal am Rande der dbb Jahrestagung statt und bot die Möglichkeit, ohne formales Protokoll ins Gespräch zu kommen, zu Netzwerken und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen.

JK

Roland Staudé: Streikverbot für Beamte sinnvoll und notwendig

Position des DBB NRW zur mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 17. Januar 2018 zur mündlichen Verhandlung zum Thema „Streikverbot für Beamte“ geladen. Anlass sind Verfassungsbeschwerden von Lehrern, die an Streiks der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in mehreren Bundesländern teilgenommen hatten. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen hat die Verhandlung zum Anlass genommen, nochmals seine Position zu verdeutlichen.

Bei Müllers treten plötzlich schwarze Rauchschwaden aus dem Fenster. Frau Meier bemerkt das und ruft als gute Nachbarin schnell die Feuerwehr. Doch statt einer Feuerwehrbeamtin oder einem Feuerwehrbeamten hat sie nur den Anrufbeantworter am Apparat, der ihr mitteilt, dass dieser Betrieb heute bestreikt wird. Unmöglich?

In Deutschland schon, denn hier ist es Beamtinnen und Beamten nicht gestattet, zu streiken. Und das aus gutem Grund, wie der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen (DBB NRW), **Roland Staudé**, findet: „Das Beamtentum in Deutschland ist der Garant dafür, dass der Staat jederzeit funktionsfähig ist. Und dazu gehört auch, dass die Bürger sich auf Staatsdiener – und genau das sind Beamtinnen und Beamte – jederzeit verlassen können. Das

passt nicht mit einem Streikrecht zusammen, bei dem diese Verlässlichkeit kurzzeitig eben nicht gegeben ist.“

Das Streikverbot für Beamte gehört zu den sogenannten „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“. Dabei handelt es sich keineswegs um gestrige Traditionen, an denen aus Gewohnheit festgehalten wird, sondern vielmehr um Prinzipien, die das besondere Verhältnis der Beamtinnen und Beamten zum Staat und auch zu den darin lebenden Menschen regeln.

Beamte gewährleisten die allgemeine Ordnung und die öffentliche Daseinsvorsorge, dazu gehören unter anderem Sicherheit, Justiz, Gesundheit und auch Bildung.

Diese Bereiche sind essenziell für die Menschen in Deutschland und müssen deswegen

immer verlässlich und funktionsfähig sein. Entsprechend stehen die Menschen, die diese Aufgaben ausführen – nämlich die Beamtinnen und Beamten – in einer speziellen Verantwortung: Von Ihnen wird eine besondere Loyalität verlangt, die eben auch das Verbot zur Arbeitsniederlegung im Sinne eines Streiks einschließt. Auf der anderen Seite erhalten sie dafür bestimmte Gegenleistungen, wie zum Beispiel eine lebenslange Alimentation sowie eine Beihilfe im Krankheitsfall.

Streikverbot gehört eindeutig zum Beamtenstatus

„Daraus ergibt sich ein ausgewogenes Paket, das auf der einen Seite die Funktionsfähigkeit des Staates garantiert und auf der anderen Seite eine gewisse Attraktivität für die Beschäftigten bietet“, erklärt Roland Staudé. „Wird auf einer Seite der Waage etwas weggenommen, so gerät das Ganze aus dem Gleichgewicht.“ Entsprechend ist für den DBB NRW Vorsitzenden klar, dass das Streikverbot eindeutig zum Beamtenstatus dazugehört.

Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der Beamtenschaft

Die von der Klägerseite vorgebrachte Argumentation, dass zwar in bestimmten Bereichen, den sogenannten hoheitlichen Bereichen, also z. B. bei der Polizei, ein Streikverbot notwendig ist, es aber zum Beispiel bei Lehrerinnen und Lehrern verzichtbar ist, kann den DBB NRW Vorsitzenden nicht überzeugen: „Das führt zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der Beamtenschaft und wirft auch die Frage auf, was denn genau zum hoheitlichen Bereich zu zählen ist.“

Laut europäischer Auffassung fällt nämlich beispielsweise die Feuerwehr nicht in den klassischen hoheitlichen Bereich. „Darüber hinaus wird die Argumentation innerhalb dieser Debatte der Bedeutung von Bildung für unsere Gesellschaft nicht gerecht. Denn der staatliche Bildungsauftrag ist im Grundgesetz verankert und seine durchgängige Erfüllung kann nur gelingen, wenn auch verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer vom Streikverbot umfasst sind.“

JM

Berufsbeamtentum

© MEV

Ein wichtiger Schritt für nachhaltige Generationsgerechtigkeit ?!

Finanzminister Lutz Lienenkämper verkündete weitere Sonderzuführung zum Pensionsfonds

Der nordrhein-westfälische Minister der Finanzen, Lutz Lienenkämper, verkündete bei der dbb Jahrestagung eine weitere Sonderzuführung zum Pensionsfonds des Landes. Leider wird ein Teil des Geldes gleich wieder auf die Zahlung für 2018 angerechnet.

Gleich zweimal wurde der Pensionsfonds des Landes NRW im Jahr 2017 mit zusätzlichen Mitteln bedacht. Nach einer Sonderzuführung in Höhe von 120 Mio. Euro im November, hatte der Minister der Finanzen, **Lutz Lienenkämper**, bei der dbb Jahrestagung im Januar 2018 angekündigt, dem Fonds im Rahmen des Haushaltsabschlusses weitere 680 Mio. Euro

zuzuführen. Macht zusammen 800 Mio. Euro.

Doch unter die anfängliche Freude über die Sonderzuführung mischte sich bei **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, ziemlich schnell ein großer Wermutstropfen: „Wirklich zusätzlich ist die vom Minister angekündigte Sonderzahlung lei-

der nicht, denn sie wird gleich wieder auf die Zahlung von 2018 angerechnet, sodass die vorgeschriebene reguläre Zuführung von 200 Mio. Euro komplett wegfällt.“

„Natürlich begrüßen wir trotzdem die Sonderzuführung, wenn auch nur in Höhe von 600 Mio. Euro, denn auch sie ist ein Schritt hin zu einer nachhaltigen Finanzierung der Beamtenpensionen“, so Roland Staude.

Nun bleibt jedoch zu hoffen, dass die Anrechnung auf die

reguläre Zuführung nur eine Ausnahme bleibt und nicht in den kommenden Jahren auch der Rest der 600 Mio. Euro angerechnet wird. Denn dann wäre von der zukunfts-gerechten Ausstattung des Pensionsfonds, die Minister Lienenkämper bei der Jahrestagung angekündigt hatte, gar nichts mehr übrig.

Der DBB NRW wird dieses Thema in den kommenden Jahren genau im Auge behalten.

JM



Einkommensrunde 2018

Andreas Hemsing auf dem dbb Branchentag in Bonn.

Einkommensrunde 2018: dbb Branchentage in Nordrhein-Westfalen

Andreas Hemsing diskutiert mit Mitgliedern über die Forderung zur Tarifrunde

Andreas Hemsing, Vorsitzender der Tariffkommission des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, freute sich über die Diskussion bei den dbb Branchentagen und zog eine erste positive Bilanz.

Im Februar 2018 beginnt die Einkommensrunde für Bund und Kommunen. Zuvor brach-

ten sich die Mitglieder in die Diskussion um die Forderungsfindung bei den dbb Branchentagen ein.

In Nordrhein-Westfalen fanden bislang die Branchentage am 16. Januar 2018 in der Straßenmeisterei in Solingen, am 17. Januar 2018 bei der Kommunalverwaltung in Bonn, am 18. Januar 2018 in der Bundes-



verwaltung in Köln und am 30. Januar 2018 bei der allgemeinen Verwaltung in Lemgo statt. Am 5. Februar 2018 finden in der Bundeswehrverwaltung in Köln, beim Nahverkehr in Düsseldorf und im Jobcenter im Frechen die letzten Branchentage in NRW statt. Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind



Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission, Andreas Hemsing, stellvertretende Vorsitzende der DBB NRW Tarifkommission, Sandra van Heemskerck, und dbb Tarifvorstand, Volker Geyer

insgesamt etwa 1,6 Millionen Beschäftigte betroffen: 145 660 Arbeitnehmer des Bundes und 1 278 075 Arbeitnehmer der Kommunen, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie 179 915 Beamte des Bundes, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Auf der Website des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen wird über die Branchentage und die Ein-

kommensrunde 2018 informiert.

JK



Politische Gespräche



Andreas Bartsch, Moritz Pelzer, Andrea Sauer-Schnieber, Innenminister Herbert Reul, Roland Staude, Wolfgang Römer, Mathia Arent-Krüger, Staatssekretär Jürgen Mathies, Guido Arens und Erich Rettinghaus (von links)

DBB NRW im Gespräch mit Minister des Innern: Herbert Reul gegen Einheitsversicherung

Bürgerversicherung bringt massive Nachteile – nicht nur für Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Eine Dienstrechtsreform 2.0 oder zumindest Verbesserungen der Attraktivität im öffentlichen Dienst – dieses Anliegen brachte der DBB NRW Vorstand im Gespräch mit dem nordrhein-westfälischen Minister des Innern, Herbert Reul, mit.

„Der Öffentliche Dienst braucht dringend eine Attraktivitätsoffensive, denn es wird zunehmend eng im Kampf um die besten Köpfe“, erklärte **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen.

Eine solche Attraktivitätsoffensive müsse jedoch ganzheitlich gedacht werden, und zwar vom qualifizierten Gesundheitsmanagement über eine attraktive Einkommensstruktur bis hin zu guten und geschlechtergerechten Aufstiegschancen.

Roland Staude nutzte die Gelegenheit, um die Forderung nach einer Erhöhung der Eingangsbesoldung im mittleren, gehobenen und höheren Dienst zu wiederholen: „Angesichts der Angleichung der Abschlüsse ist zwingend eine Anhebung notwendig, um für

Fachkräfte überhaupt noch attraktiv zu sein.“

Zuletzt wurde schließlich noch die sogenannte Bürgerversicherung thematisiert. Es herrschte Einigkeit bei den Teilnehmern, dass diese Einheitsversicherung massive Nachteile – nicht nur für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – bringen würde.

JM

Neujahrsempfänge der CDU und der FDP in Nordrhein-Westfalen

Auf Einladung der nordrhein-westfälischen CDU und FDP nahm für den Deutschen

Beamtenbund Nordrhein-Westfalen unter anderem dessen Vorsitzender **Roland**



Roland Staude und Armin Laschet auf dem Neujahrsempfang der NRW-CDU in Düsseldorf.



© Eduard Friege (2)

Roland Staude, Vizelandtagspräsidentin Angela Freimuth und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration Dr. Joachim Stomp beim Neujahrsempfang der FDP NRW.

Staude an den beiden traditionellen Neujahrsempfängen in Düsseldorf teil. Während der NRW-Ministerpräsident **Armin Laschet** die besonde-

ren Leistungen des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen herausstellte, erteilte **Christian Lindner** in seiner Rede der von der SPD gewünschten Bürgerversicherung eine deutliche Absage.

DBB intern



© DBB KV Märkischer Kreis

Melanie Meyer, Stadt Iserlohn, Frank Göcke, BSBD, Niklas Ociepcza, DSTG, Wolfgang Römer, DBB NRW, Bärbel Miß, komba (von links)

DBB Kreisverband Märkischer Kreis tagte in Eishalle

Einen besonderen Ort hatte sich der DBB Kreisverband für seine Sitzung ausgedacht: die örtliche Eishalle, die auch gleich besichtigt wurde.

Zuvor referierte **Melanie Meyer** von der Betreuungsstelle Iserlohn zum Thema „Vorsorgevollmacht“.

An der Sitzung nahm auch der stellvertretende DBB NRW Vorsitzende **Wolfgang Römer** teil, der für Fragen zu aktuellen Themen der Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung stand.

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Stauder (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Johanna Muschalik (JM), Markus Klügel (MK).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 40, gültig ab 1.10.2017. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“



© Markus Klügel

Lösen erfolgreich alle Rätsel beim Escape Game: LfL und Geschäftsstelle der dbb jugend nrw.

Landesjugendleitung nimmt neue Highlights ins Programm

Klausurtagung der dbb jugend nordrhein-westfalen

Zu einer zweitägigen Klausurtagung kam die Landesjugendleitung der dbb jugend nrw Anfang Januar zusammen, um die Schwerpunkte für ihre Arbeit in diesem Jahr festzulegen. Besondere Highlights: eine Radtour an der Mosel und eine Wanderung auf dem Jakobsweg.

In ihrer Klausurtagung zu Jahresbeginn legt die Landesjugendleitung (LfL) der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen traditionell die Schwerpunkte ihrer Arbeit für das neue Jahr fest. Auch in diesem Jahr – am 6./7. Januar – kam die LfL wieder für zwei Tage in Köln zusammen, um die Planungen für 2018 vorzunehmen.

Tu's für dich! – gesund leben und arbeiten

Einen Schwerpunkt wird die LfL in diesem Jahr auf das The-

ma „Gesundheit“ beziehungsweise „Gesunderhaltung“ legen.

Unter dem Motto „Tu's für dich! – gesund leben und arbeiten“ rückt die dbb jugend nrw im Jahresverlauf in den Fokus, wie man im Arbeitsalltag und im Privatleben fit und gesund bleiben kann. Neben vielen verschiedenen Mitmachaktionen hat die dbb jugend nrw hierfür kurzfristig zwei besonders attraktive Highlights ins Veranstaltungsprogramm aufgenommen:

- eine Radwanderung an der Mosel (6 Tage), 1. bis 5. August 2018
- eine Wanderung auf dem Jakobsweg (11 Tage), 3. bis 13. Oktober 2018

Mehr Infos hierzu findet man auf der Website der dbb jugend nrw: www.dbbjnrw.de. Auf den Landesjugendausschusssitzungen im Frühjahr und im Herbst sowie bei der August-Aktion, die in diesem Jahr am 6. September stattfindet, wird das Thema Gesundheit ebenfalls eine Rolle spielen. Auch eine Sicherheitskonferenz zum Thema „Mehr Schutz und Sicherheit für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ wird die dbb jugend nrw in diesem Jahr erneut durchführen.

Wer fleißig arbeitet, hat sich auch eine kreative Pause verdient. Nach getaner Arbeit bewiesen Landesjugendleitung und Mitarbeiter(innen) der Geschäftsstelle nach dem ersten Sitzungstag, dass sie auch aus verschlossenen Räumen wieder hinausfinden.

Aufgeteilt in zwei Gruppen gelang es ihnen in einem Live Escape Game, jeweils wenige Minuten vor Ablauf der Zeit alle Rätsel zu lösen und den Raum zu verlassen. Wenn das mal kein gutes Omen für 2018 ist!

MK

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWo's, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de